

Positionspapier der Bundesarbeitsgemeinschaft Andere Weiterbildung zur Legislaturperiode 2025 - 2029

Weiterbildung ist entscheidend für das gesamte Spektrum gesellschaftlicher und persönlicher Daseinsvorsorge. Lebensbegleitendes Lernen umfasst daher neben berufsbezogener Qualifizierung gleichberechtigt die politische, persönliche, allgemeine und kulturelle Bildung. „Andere Weiterbildung“ zeichnet sich hier insbesondere durch ihr ganzheitliches Bildungsverständnis und die dezentrale, selbstorganisierte, zielgruppenorientierte Struktur ihrer Bildungs(netz)werke aus.

Aus diesem Blickwinkel ergeben sich für die **Legislaturperiode 2025 bis 2029** des deutschen Bundestags neun zentrale Aufgabenbereiche für die Bildungspolitik auf Bundesebene:

1. Gesellschaftliche Teilhabe und Chancengerechtigkeit

Bildung – ein Wegweiser zu gesellschaftlicher Integration

Chancengerechtigkeit für Menschen – egal ob zugewandert oder einheimisch – erfordert einen ganzheitlichen Bildungsansatz. Dabei müssen ihre spezifischen (inter-)kulturellen Bedürfnisse berücksichtigt werden. Außerdem müssen, zusätzlich zu klassischen Bildungsformaten, informelle Lern- und Begegnungsanlässe geschaffen werden.

Vor diesem Hintergrund geht es um weit mehr als sprachliche Grundkompetenzen und die möglichst schnelle Vermittlung in den Arbeitsmarkt. Erfolgreich wird Bildung erst, wenn sie neben der Sprachenvermittlung gesellschaftliche, kulturelle, digitale, gesundheitsfördernde und politische Inhalte sowie eine lebensweltbezogene Didaktik umfasst.

Zentrale Faktoren zum Gelingen gesellschaftlicher Teilhabe umsetzen

- ✘ Alle Menschen erhalten, unabhängig von Aufenthaltsstatus und Bleibeperspektive, das Recht auf den Erwerb der deutschen Sprache. Dafür sind der Ausbau und Zugang zu den Integrations- und Berufssprachkursen sowie zu weiterführenden Angeboten nötig. Neben regelhaften Kursen werden Angebot für spezifische Zielgruppen (wie z.B. Frauen, Analphabet*innen, schwer traumatisierte Menschen, hochqualifizierte Migrant*innen) sichergestellt.
- ✘ Rechtssicherheit und der Schutz vor Abschiebungen sind während der gesamten Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen gewährleistet.
- ✘ Die Förderung für Angebote der Alphabetisierung, der Grundbildung und des zweiten Bildungswegs wird ausgebaut. Es bedarf einer staatlichen Regelförderung, die ausnahmslos allen Teilnehmenden eine kostenlose Teilnahme ermöglicht.
- ✘ Es gibt eine überschaubare Anzahl von Teilnehmenden (max. 15) pro Lerngruppe, offene Kurskonzepte und sozialpädagogische (Lern-)Begleitung, die einen

differenzierenden Unterricht teilnehmenden-orientiert unterstützen. Angebote der Kinderbetreuung werden bereitgestellt.

- ✘ Eine langfristige Finanzierung neuer Programme für innovative und handlungsorientierte Bildungsformate der gesellschaftspolitischen Grundbildung, zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements sowie zur interkulturellen Sensibilisierung der Aufnahmegesellschaft ist gewährleistet.
- ✘ Angemessene Honorare und der Ausbau sozialversicherungspflichtiger, tarifgebundener Beschäftigungsverhältnisse für Lehrkräfte sind unverzichtbar. Flexible Fortbildungsstrukturen, kollegiale Beratung und Supervision müssen als Teil der professionellen Praxis unterstützt werden. Förderhaushalte sind entsprechend zu gestalten.

2. Politische Bildung

Demokratischer Zusammenhalt ist kein Selbstläufer

Unsere Welt ist in ständiger Veränderung. Gesellschaftliche Entwicklungen verlaufen selten gradlinig. Die weltweiten kriegerischen Konflikte, die spürbaren und drohenden Folgen des Klimawandels, die Auswirkungen von Populismus, Rassismus und Antisemitismus, und die Folgen multipler Transformationen lassen gewachsene Strukturen und Sicherheiten brüchig erscheinen. Dies birgt Gefahren für unsere gesellschaftliche Basis und ein solidarisches Zusammenleben.

Eine an gesellschaftlicher Teilhabe orientierte politische Bildung greift daher – gerne auch niederschwellig – aktuelle Diskussionen und zukünftige Herausforderungen auf. Demokratie muss immer wieder gelernt, ausgelotet, erweitert und verinnerlicht werden. Dies alles macht lebensbegleitende politische Bildung elementar und unverzichtbar: Sei es als Forum für respektvoll-kontroversen gesellschaftlichen und politischen Dialog oder für den persönlichen Erwerb politischer Handlungskompetenz.

Politische Bildung als bundespolitische Aufgabe ausbauen und verstetigen

- ✘ Zur Bearbeitung der zunehmenden gesellschaftliche Konflikte und zum Erlernen demokratischer Instrumente sind vielfältige Aktivitäten der politischen Bildung und Demokratie wichtig. Hierfür braucht es zusätzliche Förderprogramme für alle Alters- und Zielgruppen.
- ✘ Fördermittel der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) für die Einrichtungen müssen erhöht werden, konkret etwa durch Dynamisierung von Institutions- und Maßnahmenförderung
- ✘ Förderung soll nicht an fehlenden Eigenmitteln scheitern. Hier braucht es im Bedarfsfall Unterstützung, insbesondere von kleinen Einrichtungen. Die Anerkennung ehrenamtlichen Engagements kann eine sinnvolle Ergänzung der wirtschaftlichen Projektgestaltung sein.
- ✘ Politische Aktivitäten gemeinnütziger Träger dürfen nicht in Frage gestellt werden. Die bisherige Praxis, dass gemeinnützige Träger sich auch in Einzelfällen zu allgemeinpolitischen Themen betätigen dürfen, muss gesichert sein.

- ✖ Politische Bildung kann nicht neutral sein. Sie vermittelt die Grundwerte der Demokratie und positioniert sich gegen menschenfeindliche Aussagen und Handlungen.

3. Digitalisierung und Künstliche Intelligenz

Digitalpakt für die Erwachsenenbildung

Die digitale Transformation ist eine elementare Herausforderung, die alle Lebensbereiche umfasst. Lebensbegleitendes Lernen ist hier der Schlüssel, um Menschen bei diesem persönlichen und gesellschaftlichen Entwicklungsprozess unterstützend zu begleiten und für den digitalen Wandel zu qualifizieren. Dadurch entstehen gerade für die Erwachsenenbildung neue Aufgaben, die mit vielfältigen Herausforderungen, aber auch Chancen verbunden sind. Dabei müssen Herausforderungen, rechtliche Rahmenbedingungen und Risiken angemessen bearbeitet werden können. Um diese Aufgabe meistern zu können, müssen Bildungseinrichtungen, die gemeinwohlorientiert und somit ohne Profit arbeiten, enorme Anstrengungen hinsichtlich ihrer digitalen Infrastruktur und der Fortbildung ihrer professionellen und ehrenamtlichen Mitarbeitenden leisten. Politik, Bund und Länder sind hier gefordert, mit einem Digitalpakt auch für die Erwachsenenbildung diesen Prozess finanziell zu unterstützen. Dazu braucht es zusätzliche finanzielle Mittel, um Infrastruktur und Personal entsprechend auszubauen und zu qualifizieren.

Digitale Kompetenz: die Kulturtechnik des 21. Jahrhunderts

- ✖ Der Bund legt nachhaltige Programme zur Förderung der Digitalkompetenz auf. Sie ist für alle Bürger*innen die Voraussetzung zur Teilhabe an Gesellschaft und Arbeitsmarkt.
- ✖ Darin gefasst ist auch eine Qualifizierungsoffensive für Personal der Erwachsenenbildung zur Stärkung der Digitalkompetenz sowie der Sicherstellung von Kompetenzen zum sicheren Einsatz von KI gemäß des AI-Acts der EU.
 - Für Lehrkräfte und pädagogische Mitarbeitende der Erwachsenenbildung liegt hierbei ein spezifisches Augenmerk auf der Entwicklung und didaktischen Durchführung digitaler Bildungsformate und OER.
- ✖ Daneben etabliert der Bund kurzfristig einen Investitionsfonds für den Ausbau digitaler Infrastruktur in der Erwachsenenbildung.
- ✖ Es müssen verlässliche Rahmenbedingungen für den Einsatz von Künstlicher Intelligenz in der Erwachsenenbildung geschaffen werden. Dabei müssen Risiken und Bedenken, beispielsweise hinsichtlich des Datenschutzes, des Urheberrechts von politischer Manipulationsmöglichkeit und der Unabhängigkeit von Großunternehmen berücksichtigt werden.

4. Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE)

Umsetzung des Aktionsplans BNE – Gute Bildung für Alle

Die Andere Weiterbildung sieht sich dem Aktionsplan BNE verpflichtet, Bildung für Nachhaltige Entwicklung gemeinsam mit den Akteur*innen aller Bildungsbereiche zu

gestalten und für nachhaltige Strukturen und Umsetzungsmöglichkeiten Sorge zu tragen. Sie teilt dessen Werte seit Beginn ihrer Geschichte und sieht sich durch den Förderhorizont bis 2030 darin bestätigt, Angebote für eine inklusive, gerechte und hochwertige Bildung sowie für ein lebenslanges Lernen für Alle zu entwickeln und umzusetzen – für eine sozial-ökologische Transformation der Gesellschaft im Sinne der globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs). Damit BNE seine Wirkung entfalten und den gesellschaftspolitischen Herausforderungen begegnen kann, müssen insbesondere die Mittel der Maßnahmenförderung deutlich erhöht werden.

Den Nationalen Aktionsplan BNE in der Weiterbildung konkret werden lassen

- ✘ BNE adressiert im Rahmen eines lebensbegleitenden Lernens alle Bildungsbereiche – auch und in besonderem Maße die Weiterbildung für Erwachsene als Weiterbildung für die Entscheider*innen von heute.
- ✘ Der Bund unterstützt den Ausbau von Angeboten und eine Strukturförderung für BNE vor Ort, durch Stärkung außerschulischer Lernorte und zivilgesellschaftlicher Organisationen im Bereich einer Bildung für nachhaltige Entwicklung.
- ✘ Berücksichtigung findet dabei die wichtige Rolle von bundes-, landesweit oder regional tätigen Vereinen und Netzwerken sowie von Kommunen, die sich zu BNE-Landschaften verbinden. Die in diesem Feld tätigen Akteur*innen und Netzwerke sind an den Umsetzungen zu beteiligen.
- ✘ Weltweite soziale Gerechtigkeit und ein global nachhaltiger Umgang mit den Ressourcen der Welt sind zentrale Aspekte von Nachhaltigkeit und BNE. Entsprechend müssen mehr umwelt- und entwicklungspolitische Mittel in BNE und Globales Lernen investiert werden.

5. Kulturelle Bildung für Alle

Der Zugang zu Kultur und Bildung ist Menschenrecht

Dies ist zumindest in der UN, aber auch in unserem Grundgesetz und den Länderverfassungen unstrittig. Nicht zuletzt, da Kulturelle Bildung im Auftrag steht, niedrigschwellig Menschen zu erreichen, auch über soziale Spaltungen, über Verschiedenheiten der Kompetenzen und Erwartungen sowie über trennende Fremdwahrnehmungen hinweg.

Die Kulturelle Bildung in der gemeinwohlorientierten Weiterbildung braucht zur Unterstützung dieser verantwortungsvollen Aufgaben das Wohlwollen einer zugewandten und pragmatischen Weiterbildungspolitik, die sich für Verlässlichkeit und für die angemessene Öffnung von Gestaltungsspielräumen einsetzt.

Um mit ihrer Arbeit den an sie gesetzten Ansprüchen und insbesondere den Bedürfnissen von Menschen jeder Herkunft, jeden Alters, Geschlechts, Sprache, Gesundheit, Bildungsbiografie oder Erwerbs- oder Teilhabesituation gerecht zu werden, braucht Kulturelle Bildung darüber hinaus das Folgende:

Kulturelle Bildung für den Menschen ... und für eine demokratische Gesellschaft

- ✘ Kulturelle Bildung fördernd zu unterstützen ist als integraler Bestandteil von Kulturförderung zu sehen. In der Kulturförderung muss Kulturelle Bildung mitgedacht sein.
- ✘ Die Förderung von Kultureller Bildung ist an die Prinzipien des lebenslangen Lernens zu knüpfen. Sie wendet sich an Menschen jeden Alters auch mit dem Blick auf ihre Persönlichkeitsentwicklung. Förderung von Kultureller Bildung muss diese Zielgruppe mit weitsichtiger, verlässlicher Förderung von Kultureller Erwachsenenbildung unterstützen.
- ✘ Es braucht eine institutionelle Förderung von Einrichtungen der Expert*innen und Schlüsselakteur*innen der Kulturellen Bildung in der gemeinwohlorientierten Weiterbildung.

6. Grundbildung

Grundbildung ist kein Projekt!

Grundbildungsbedürftige bilden eine heterogene Gruppe mit unterschiedlichsten Bedarfen, Kompetenzen und zeitlichen sowie finanziellen Ressourcen. Das bestehende Kursangebot bildet nur den Bedarf eines Bruchteils dieser Gruppe ab. In Ausstattung und Unterstützung sehen sich Einrichtungen der gemeinwohlorientierten Weiterbildung mit der Herausforderung konfrontiert, in ihrer Angebotspalette wie -quantität nicht bedarfsdeckend arbeiten zu können.

Projektorientierte, flexible Förderungen können Abhilfe schaffen, bleiben aber ihrer Struktur nach notwendigerweise begrenzt oder von kurzfristiger Reichweite. Zur Umsetzung einer langfristigen Strategie zur Bereitstellung von Grundbildung als fundamentalem Baustein des Rechts auf Bildung für Alle braucht es einen gesicherten Finanzierungshorizont, der auf Bundesebene Unterstützung erfahren muss.

In der Grundbildung langfristige Perspektiven schaffen

- ✘ Die Förderung für Angebote der Grundbildung wird bedarfsorientiert, flexibel und zugleich mit dem Blick auf langfristige Strukturunterstützung ausgebaut. Es bedarf einer staatlichen Regelförderung, die ausnahmslos allen Teilnehmenden eine kostenlose Teilnahme ermöglicht.
- ✘ Die Förderbedingungen sollten Weiterbildungsträger, Kursleitende und vor allem Lernende in einer zusehends mobilen und flexiblen Bildungsbiografie bundesländerübergreifend unterstützen.
- ✘ Für das Gelingen einer Gesellschaft, die für Chancengleichheit steht, ist es notwendig, die verantwortungsvolle Aufgabe der Kursleitenden im Grundbildungsbereich mit angemessenen Honoraren anzuerkennen sowie langfristig qualitätsvolle sozialversicherungspflichtige Stellen zu schaffen und zu sichern.

7. Faire Arbeitsbedingungen und Rechtssicherheit für Träger und Lehrkräfte

Die gemeinwohlorientierte Weiterbildung übernimmt wesentliche Bildungsaufgaben für eine zukunftsorientierte, lebenswerte und demokratische Gesellschaft. Die Breite und Tiefe der Angebote sind nur durch eine vielfältige Trägerstruktur möglich. Daher sind rechtssichere Rahmenbedingungen und eine langfristige finanzielle Regelförderung notwendig, um die Angebots- und Trägervielfalt langfristig zu garantieren. Die Abhängigkeit von kurzfristigen Haushaltsentscheidungen, beispielsweise im Bereich der Integrations- und Sprachkurse, tragen ebenso zu einer Unsicherheit für Lehrkräfte und Träger bei wie die Folgen des sog. Herrenberg-Urteils.

Rechtssicherheit und faire Arbeitsbedingungen schaffen

- ✘ Große Teile der gemeinwohlorientierten Weiterbildung basieren auf neben- oder ehrenamtlichen Lehrkräften, die einem sozialversicherungspflichtigen Haupterwerb nachgehen. Für diese Lehrkräfte braucht es verlässliche und großzügige gesetzliche Regelungen, wie beispielsweise eine Anhebung der Übungsleiterpauschale, die eine Tätigkeit als Honorarkraft weiterhin ermöglichen.
- ✘ Viele Einrichtungen der gemeinwohlorientierten Weiterbildung sind Klein- und Kleinsteinrichtungen ohne große Verwaltungsabteilungen. Die Abführung von Sozialversicherungsbeiträgen für kurzzeitig und geringfügig tätige Lehrkräfte sollte in einem administrativ einfachen Verfahren erfolgen, beispielsweise analog zur Künstlersozialkasse, um weiterhin ein vielfältiges Angebot zu ermöglichen.
- ✘ Die Statusfeststellung, ob eine Tätigkeit als sozialversicherungspflichtig oder selbstständig bewertet wird, sollte nicht durch die Deutschen Rentenversicherung erfolgen. Der Kriterienkatalog, der derzeit als Grundlage zur Statusfeststellung herangezogen wird, bietet keine Rechtssicherheit, sondern führt zu großen Unklarheiten und sollte durch eindeutige Kriterien mit einer Positiv- und Negativliste ersetzt werden.
- ✘ Gemeinwohlorientierte Weiterbildung braucht ausreichende und gesicherte Finanzierung, die im Wesentlichen auf einer Regelförderung basiert und angemessene Beschäftigungsverhältnisse von Lehrkräften von Lehrkräften ermöglicht.

8. Bildungszeit ermöglichen & Ehrenamt stärken

Bildungsurlaub bzw. Bildungszeit bietet Arbeitnehmer*innen durch Freistellung in vielen Bundesländern die Wahrnehmung individuelle Bildungsangebote. Diese tragen zur Kompetenzerweiterung, Stärkung der Resilienz und Sicherung der Arbeitsfähigkeit bei und leisten einen Beitrag zum gesellschaftlichen Engagement.

Potential der Bildungszeit erkennen und ausbauen

- ✘ Die Regelungen zum Bildungsurlaub bzw. Bildungszeit sollten bundesweit besser aufeinander abgestimmt werden, um die Beantragung und Gewährung von

Bildungsurlaub länderübergreifend für Teilnehmende und Träger zu vereinfachen oder zu vereinheitlichen.

- ✘ Bildungsurlaub sollte bundesweit in allen 16 Bundesländern möglich sein.
- ✘ Ehrenamtliches Engagement ist ein Grundpfeiler einer solidarischen und demokratischen Gesellschaft. Die Weiterbildung von Ehrenamtlichen sollte daher bundesweit als Freistellungsgrund für Bildungsurlaub bzw. Bildungszeit anerkannt werden.

9. Weiterbildungsbeteiligung erhöhen als Beitrag zur Fachkräftesicherung

Angesichts des Strukturwandels und vielfältigen Veränderungen der Arbeitswelt steigen die Anforderungen an Arbeitnehmer*innen. Weiterbildung ist nach wie vor der Schlüssel, um die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland zu sichern und dem Bedarf an Fachkräften abzudecken.

Zukunft sichern durch Weiterentwicklung von Schlüsselkompetenzen

- ✘ Förderung individueller Weiterbildungsbedarfe und Neuaufgabe der Programme wie Bildungsprämie
- ✘ Erhöhung des Zugangs zu Weiterbildung durch den Ausbau von Bildungsberatung, um passende Qualifizierungsangebote zu erhalten.
- ✘ Stärkung der regionalen Netzwerke zur Fachkräftesicherung

Nachhaltig und fair: Bundespolitik für „Lebensbegleitendes Lernen“ und eine gemeinwohlorientierte Erwachsenenbildung

Lebensbegleitendes Lernen ist eine gesellschaftliche Querschnittsaufgabe – für Alle. Die Veränderungen des Arbeitsmarktes insbesondere durch die Digitalisierung erfordern eine Weiterbildungskultur, die Menschen für aktuelle und anstehende Herausforderungen begleitet und qualifiziert.

Weiterbildung ist aber auch jenseits der arbeitsmarktpolitischen Perspektiven auf Gesellschaft mit einem großen Maß an Verantwortung versehen, das Gemeinwesen und alle Menschen, die darin leben, zu unterstützen und sie in ihrem Zusammenhalt und solidarischen Miteinander zu stärken. Individuell und als Gesellschaft. Heute und morgen. So umfasst lebensbegleitendes Lernen alle Bildungsbereiche: Neben der allgemeinen und beruflichen Bildung sowie der kulturellen Bildung vermitteln insbesondere die politische Bildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung wesentliche Kompetenzen, die für die Gestaltung der Gesellschaft maßgeblich sind.

In Konsequenz bedarf es eines ganzheitlichen Ansatzes von Weiterbildungspolitik.

Naheliegend ist es darum, alle Bildungsbereiche in die Nationale Weiterbildungsstrategie einzubeziehen.

Eine nachhaltige und faire Weiterbildungspolitik sollte ihre Chancen nutzen, um Rahmenbedingungen zur strukturellen Absicherung der Allgemeinen Weiterbildung als vierte Säule des Bildungssystems zu schaffen. Dazu gehört auch Konkretes, etwa: Sie durch eine dauerhafte Umsatzsteuerbefreiung in ihrer am Gemeinwohl orientierten Ausrichtung zu unterstützen.

Mit ihrer Innovationskraft, Nachhaltigkeit und Erreichbarkeit für alle Menschen in Deutschland, aufsuchend, an dritten Lernorten, in bekannten Räumen oder als Orte des Probierens und Austausches zu Handlungs- und Gestaltungskompetenzen, ist die gemeinwohlorientierte Weiterbildung unersetzbar. Ihre Arbeit zu stützen ist Zukunftsaufgabe bundesweiter Perspektiven auf Bildung und Entwicklung.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Andere Weiterbildung e.V. (BAW)

Bildungspolitische Entwicklungen, innovative Konzepte und Themen wie Qualitätsmanagement oder EU-Förderung machen in der Regel nicht vor Bundesländergrenzen halt.

Daher haben wir uns im Jahr 1999 zur BAW zusammengeschlossen. Augenblicklich arbeiten im Bildungs(netz)werk aus Brandenburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz über 160 Mitgliedsorganisationen in der BAW zusammen. Uns verbindet das Leitbild des selbstorganisierten und eigenverantwortlichen Lernens, das auf den ethischen Grundsätzen der Gewaltfreiheit, Emanzipation, Selbstbestimmung und Solidarität basiert.

Kontakt:

Claudia Sanner
Vorstand der BAW e.V.
Tel.: 0511/307 66 0
claudia.sanner@vnb.de

Oliver Hein
Vorstand der BAW e.V.
Tel.: 0521/1644541
oliver.hein@laaw.nrw